

MUSTERREDE

Gemeinsam für Frieden und Freiheit

Frieden schaffen mit immer weniger Waffen

„Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ — unter diesem Motto führen wir die Auseinandersetzung über die ethischen Grundlagen und Ziele unserer Sicherheits- und Friedenspolitik.

Im Bündnis
werden wir
den Krieg
verhindern

Frieden
schaffen mit
immer
weniger
Waffen

Wir nehmen die Sorgen der Mitbürger um den Frieden ernst. Wir stellen uns allerdings denjenigen entgegen, die Angst schüren, denn Angst war schon immer ein schlechter Ratgeber in der Politik. Wir setzen diesen Befürchtungen unsere Überzeugung entgegen, daß die Sicherheits- und Verteidigungspolitik des westlichen Bündnisses auch künftig Krieg verhindern wird. Wir sind den Gefahren der nuklearen Selbstzerstörung der Menschheit nicht hilflos ausgeliefert, weil wir mit nüchternem Urteil und klaren Überzeugungen zusammen mit unseren Bündnispartnern aktive Friedenspolitik betreiben. Alle Reden vom Frieden, wir sichern ihn. Das hat die CDU seit Konrad Adenauer getan. Das Wahlergebnis vom 6. März 1983 war auch ein Vertrauensbeweis für unsere Sicherheits- und Friedenspolitik.

Mit den Anhängern der selbsternannten Friedensbewegung haben wir eines gemeinsam: Das Ziel heißt Frieden. Frieden erhalten, Frieden schaffen. Bundeskanzler Helmut Kohl hat dies in seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 deutlich zum Ausdruck gebracht:

„Wir müssen die nuklearen Waffen auf beiden Seiten drastisch reduzieren. Der Weg zu mehr Sicherheit führt weg von Waffen. Wir wollen immer danach handeln: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.“

Damit stehen wir in der langen Tradition realistischer Friedenspolitik, die Konrad Adenauer maßgeblich geprägt hat. Der erste deutsche Bundeskanzler hat schon früh, z. B. im Bundestag am 20. März 1955, eine weltweite kontrollierte und gleichgewichtige Abrüstung in Ost und West gefordert.

Gemeinsames Ziel, unterschiedliche Wege

Im Ziel, den Frieden zu erhalten, stimmen wir also mit der Friedensbewegung überein, aber wir unterscheiden uns im Weg zu diesem Ziel. Die Kernfrage lautet: Wie können wir auf dem ideologisch gespaltenen, hochgerüsteten Kontinent Europa an der Nahtstelle von Ost und West den Frieden im atomaren Zeitalter auch weiterhin bewahren? Doch bevor wir diese Frage beantworten, müssen wir zwei Vorfragen klären.

Die erste Frage lautet: Ist unser Staatswesen, ist unsere Gesellschaftsordnung überhaupt verteidigungswert? Wenn sie nicht verteidigungswert ist, brauchen wir auch keine Waffen, um sie zu verteidigen.

Die zweite Frage ist: Werden wir bedroht? Denn werden wir von niemandem bedroht, brauchen wir auch keine Waffen.

Die erste Frage möchte ich mit folgender Feststellung beantworten:

Ohne Freiheit kein Frieden

Es ist unsere Pflicht, Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Ohne Freiheit gibt es keinen dauerhaften Frieden. Friedenssicherung ist daher Friedenspolitik.

In der Bundesrepublik Deutschland kann jeder friedlich demonstrieren, Parteien gründen, die Regierung kritisieren und reisen, wohin er will. Es herrscht Presse- und Religionsfreiheit. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist verfassungsrechtlich garantiert. Die Bundesrepublik Deutschland ist der freiheitlichste und friedlichste Staat, den es jemals auf deutschem Boden gab. Freiheit und Demokratie sind es wert, erhalten und verteidigt zu werden! Wir wollen so frei in Frieden und Wohlstand leben wie bisher. Wer auf die Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten verzichtet, liefert sich Gewalt und Willkür aus.

Frieden ist mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg. Frieden herrscht nicht bereits dann, wenn die Waffen schweigen. Frieden bedeutet die Garantie der Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wo Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung systematisch unterdrückt werden, gibt es keinen dauerhaften Frieden. Afghanistan und Polen sind die jüngsten Beispiele dafür.

Wir Deutsche wissen aus leidvoller Erfahrung, was der Verlust der Freiheit bedeutet. Unsere Eltern haben dies unter dem Nationalsozialismus erfahren, und unsere Landsleute in der DDR erfahren es täglich am eigenen Leib. Frieden auf Kosten der Freiheit ist ein Scheinfrieden, er verstößt gegen die Würde des Menschen.

Wären alle Menschen friedfertig und gesetzestreu, bräuchten wir keine Polizei und keine Gerichte. Wären alle Regierungen und Staaten bereit, bestehende Konflikte ohne Gewalt auszutragen, gäbe es

*Der Staat
muß Frieden
und Freiheit
sichern*

*Unvereinbar-
keit von
Frieden und
Diktatur*

*Von unserem
Boden geht
kein Krieg aus*

*Sowjetische
Rüstung
gegen unser
freies Denken*

keine Kriege und bräuchten wir keine Waffen. Wir wissen, daß die Realität anders aussieht. Daher ist es die Pflicht des Staates, Frieden und Freiheit nach innen wie nach außen zu sichern. Denn der gute Wille allein und die eigene friedliche Absicht garantieren noch nicht den Frieden. Es gibt keinen Frieden zum Nulltarif.

Das führt mich zu der zweiten Frage:

Wodurch ist eigentlich in Europa der Frieden gefährdet und wodurch sind Freiheit und Demokratie bedroht?

Waffen können vielleicht Spannungen verschärfen, sie sind jedoch nicht die Ursache von Spannungen. Es sind politische Konflikte, die dazu führen, daß sich Völker bewaffnen und zu den Waffen greifen. Die Spannungen zwischen Ost und West sind nicht in den Raketen begründet, sondern in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur. Der Frieden ist bedroht, nicht weil es Waffen gibt, sondern weil es Mächte gibt, die sie zum Zweck der Drohung oder des Krieges einzusetzen bereit sind.

Bereits unter Konrad Adenauer hat die Bundesrepublik Deutschland 1954 auf die Anwendung jeder militärischen Gewalt zur Lösung internationaler Konflikte verzichtet.

Wir verzichten auf Gewalt und bedrohen niemanden. Von unserem Boden geht kein Krieg aus. Die Bundeswehr hat ausschließlich die Aufgabe, einen möglichen Angriff von außen abzuwehren. Die NATO ist ein reines Verteidigungsbündnis, dessen Mitgliedsstaaten das gemeinsame Bekenntnis zu Freiheit, Demokratie und Verzicht auf jeglichen militärischen Angriff verbindet. Freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratien haben noch nie in der Geschichte gegeneinander gekämpft. Die NATO bedroht niemanden, und sie wird ihre Waffen niemals als erste einsetzen. Wir streben nicht nach Überlegenheit, sondern nach Gleichgewicht. Denn Frieden herrscht nicht automatisch, sondern er ist auch eine Folge des Gleichgewichts der Macht. Daher meine Feststellung:

Die eigentlichen Gefahren für den Frieden gehen von der offensiven Machtpolitik der Sowjetunion aus.

Die Politik der Sowjetunion beruht auf der Ideologie des Marxismus/Leninismus. Sie geht von einem Friedens- und Sicherheitsbegriff aus, der sich von dem unsrigen grundsätzlich unterscheidet. Für die Sowjetunion gilt der Frieden erst dann als gesichert, wenn weltweit Sozialismus nach ihrem Muster herrscht. Die Sowjetunion fühlt sich nicht bedroht durch die Waffen des Westens, sondern durch die Idee der Freiheit. Die Sowjetunion rüstet nicht gegen unsere Waffen, sondern gegen unser freies Denken. Sie wendet stets dann militä-

Verteidigungs-fähigkeit verhindert Angriffskrieg

Moskaus Ziel: Militärische Überlegenheit in Europa

Sowjetische „Entspannung“ und Aufrüstung

Politischer Druck auf Westeuropa

rische Gewalt an, wenn sie stark und der Gegner schwach ist. Afghanistan und Polen sind die jüngsten Beispiele für den Einsatz militärischer Macht bzw. für die Drohung damit. In Afghanistan könnte die Sowjetunion ihre Friedensliebe durch Taten beweisen. Wo in Europa nach 1945 Panzer gerollt sind, waren es sowjetische Panzer, und wo geschossen wurde, waren es sowjetische Waffen. Entsprechend ihrer Strategie der „friedlichen Koexistenz“ hat die Sowjetunion in Europa auf einen Angriffskrieg verzichtet, weil die Verteidigungskraft der NATO ihr das zu riskant erscheinen lässt. Auch die sowjetischen Politiker wissen, was ein nuklearer Krieg für ihr Land bedeutet. Deshalb stellt sich die Frage:

Warum rüstet Moskau und versucht, ein militärisches Übergewicht auf allen Waffenebenen zu erreichen?

Die Antwort: Moskaus Ziel ist der politische Sieg im atomaren Frieden. Der Kreml will kein Gleichgewicht der militärischen Kräfte in Europa. Die Erlangung der konventionellen und atomaren Überlegenheit in allen militärischen Teilbereichen ist das deutlich erkennbare Ziel der sowjetischen Europapolitik.

DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann erklärt, warum der Warschauer Pakt rüstet. Ich zitiere:

„Die im zähen Kräfтерingen der Nachkriegsjahre hart erkämpfte militärische Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über die imperialistischen Hauptmächte war es, die den Frieden sichernde antiimperialistischen Kräfte selbstbewusster gemacht und den weltrevolutionären Prozeß vorangebracht hat.“ (Die Einheit, 1976, H. 3)

Nie wurden mehr sowjetische Panzer, Flugzeuge, Schiffe oder Atomraketen gebaut als in den siebziger Jahren, der Phase der Entspannungspolitik, als der SALT-I- und der SALT-II-Vertrag, die KSZE-Schlussakte und die Ostverträge abgeschlossen wurden. Die sowjetische Militärvormacht über Westeuropa wird nicht in erster Linie angestrebt, um den gesamten Kontinent in einem verlustreichen, blutigen Krieg zu erobern. Nur ein schlechter Strategie riskiert durch einen Krieg die eigene Selbstvernichtung und zerstört das, was er erobern will. Das eigentliche Ziel der sowjetischen Rüstung ist politisch, nicht militärisch: Die Sowjetunion möchte die westeuropäischen Demokratien zur Anpassung an ihre Politik zwingen können. Zur reinen Verteidigung würde der Sowjetunion ein Gleichgewicht genügen. Wer aber freien Bürgern die Idee des Kommunismus durch Drohung und Erpressung aufzwingen will, der braucht ein militärisches Übergewicht.

Diese Politik ist konsequent und langfristig angelegt; sie ist dann vom Erfolg gekrönt, wenn wir vor jeder Drohung einen Schritt zu-

rückweichen und das Ziel des militärischen Gleichgewichts aus den Augen verlieren. Wir sind für politische Selbstbestimmung und gegen Sowjetbestimmung in Europa.

Aus all diesen Gründen wehren wir uns auch gegen die politische Gleichsetzung der USA mit der Sowjetunion:

— Die Sowjetunion ist eine Diktatur, die die Freiheit unterdrückt. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind die älteste Demokratie auf dieser Erde, und ihnen vor allem haben wir seit einer Generation die Freiheit und Sicherheit in Europa zu verdanken

— Die Amerikaner schützen uns — die Sowjets bedrohen uns. Die amerikanische Armee steht hier, damit wir in Freiheit leben können. Die Rote Armee steht in der DDR, um dort Freiheit und Menschenrechte zu verhindern.

— Die Amerikaner sind auf unseren Wunsch hin hier, die Sowjets sind überall ungebetene „Gäste“.

— Die Sowjetunion rüstet gegen unsere berechtigten Sicherheitsinteressen. Allein die über 240 gegen uns gerichteten SS-20-Raketen enthalten die mehr als 5000fache Vernichtungskraft der Atombombe von Hiroshima.

Damit komme ich zur dritten Frage: Wie wir den Krieg verhindern und die Freiheit bewahren können. Unsere Antwort darauf ist:

Unsere Politik der aktiven Friedenssicherung.

Angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion uns bedroht und wir ihr alleine niemals gewachsen wären, haben wir uns der Gemeinschaft der westlichen Demokratien angeschlossen. **Grundlage deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sind das Nordatlantische Bündnis und die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.**

Die Bundesrepublik Deutschland ist fest im Westen verankert, sie schaukelt nicht zwischen Ost und West, sie ist nicht politisch neutral.

Die CDU ist die große Volkspartei, die seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland unter Konrad Adenauer die Weichen für das westliche Bündnis gestellt hat, für Verteidigung und Gewaltverzicht, für die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, für Abrüstung und Zusammenarbeit mit dem Osten. In dieser politischen Tradition und Verpflichtung stehen wir, um Frieden und Freiheit auch in Zukunft zu bewahren.

Unsere Politik der aktiven Friedenssicherung verfolgt vier Ziele:

1. die Bewahrung der Freiheit und den Schutz der Menschenrechte,
2. die Kriegsverhinderung durch Fähigkeit und Bereitschaft zur Verteidigung,

Der Gegen-
satz zwischen
USA und
UdSSR ist der
Gegensatz
zwischen
Demokratie
und Diktatur

Gemeinsam
gegen
sowjetische
Bedrohung

CDU hat die
Weichen für
das Bündnis
gestellt

3. wechselseitige und kontrollierte Rüstungsbegrenzung und Abrüstung,
4. den schrittweisen Aufbau einer politischen Friedensordnung der Freiheit und des Rechts, des Interessenausgleichs und der friedlichen Konfliktregelung.

Die Atlantische Gemeinschaft: Garant unserer Sicherheit

*Die NATO
ist eine Wertegemeinschaft*

Grundlage unserer Politik der aktiven Friedenssicherung ist die Atlantische Gemeinschaft. Sie achtet und verteidigt die Menschenrechte, sie bekennt sich zu Grundwerten und Idealen: Sie ist eine Wertegemeinschaft und nicht allein eine geographische Interessengemeinschaft. Diese außenpolitische Entscheidung entspricht unserer Entscheidung für Demokratie und Freiheit, für den Rechts- und Sozialstaat.

*Die NATO ist
eine Freiheitsgemeinschaft*

Das Atlantische Bündnis ist eine Freiheitsgemeinschaft nach außen, indem es unsere Freiheit verteidigt, es ist aber auch eine Freiheitsgemeinschaft nach innen, weil es auf der freiwilligen Zustimmung seiner Mitglieder beruht. Wir wollen frei sein und frei bleiben. Das ist der Sinn unserer Verteidigungspolitik im Rahmen der Atlantischen Allianz.

Trotz des nachgewiesenen Ausdehnungs- und Unterwerfungsdrangs der Sowjetunion hat es in Mitteleuropa nach 1945 keinen Krieg geben. Während ringsum in der Welt insgesamt etwa 140 Kriege geführt wurden, herrschte in Europa Frieden. Der Grund liegt darin, daß das militärische Verteidigungspotential der Atlantischen Gemeinschaft stark genug war, um die Sowjetunion von einem Angriff abzuhalten. Die westliche Strategie des militärischen Gleichgewichts und der militärischen Abschreckung hat also seit 38 Jahren in Europa den Frieden erhalten. Warum sollten wir plötzlich auf diese Strategie verzichten und die damit verbundenen Risiken in Kauf nehmen:

Das Atlantische Bündnis ist der Garant des Friedens. Bündnispolitik ist daher aktive Friedenspolitik.

*Seit 38 Jahren
Frieden*

in Europa

*Festigkeit und
Verhandlungsbereitschaft*

Das Konzept des Atlantischen Bündnisses zur umfassenden Friedenssicherung enthält die Elemente der Festigkeit wie der Verhandlungsbereitschaft gegenüber dem Osten:

- Gleichgewicht durch ausreichende Verteidigungsfähigkeit und glaubwürdige Abschreckung;
- Bereitschaft zum Gespräch und zur Zusammenarbeit;
- wechselseitige Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Abschreckung und Verteidigung als Mittel zur Kriegsverhütung

Kein Freibrief für sowjetische Erpressung

Abschreckung und Verteidigung sind die beiden Elemente der NATO-Strategie zur Kriegsverhütung. Die Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen ist augenblicklich die einzige Möglichkeit, um deren Anwendung zu verhindern. Ich zitiere dazu Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner: „Wer die Verteidigung im nuklearen Zeitalter für ethisch nicht akzeptabel hält, verlangt nichts anderes als die Kapitulation des Friedfertigen vor dem Gewalttäter, der Freiheit vor der Unfreiheit, des Rechts vor dem Unrecht. Das wäre der Freibrief für die nukleare Erpressung durch aggressive Diktatoren.“ (Rede vor der Gesellschaft Wehrkunde e.V. in Hannover am 9. Juni 1983)

Der Bedrohung durch den Warschauer Pakt begegnet das Bündnis mit der bewährten Strategie der flexiblen Reaktion. Diese Strategie verknüpft konventionelle Streitkräfte, nukleare Kurz- und Mittelstreckensysteme und strategische Nuklearstreitkräfte, um auf jeder militärischen Ebene dem Warschauer Pakt ein entsprechendes Potential entgegenstellen zu können. Dieser Verbund von Streitkräften soll Frieden und Freiheit dadurch bewahren, daß einem möglichen Gegner jede realistische Erwartung genommen wird, er könne Vorteile durch Einschüchterung, Erpressung oder militärische Intervention erlangen.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Wir wollen abrüsten

Verteidigung und Abschreckung sind ein notwendiger, aber nicht ausreichender Bestandteil unserer Sicherheitspolitik. **Wir finden uns mit einer hochgerüsteten Welt nicht ab. Wir wollen abrüsten. Wir wollen Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.** Deshalb treten wir entschieden für Rüstungskontrolle, ausgewogene und gleichgewichtige Abrüstung, vertrauensbildende Maßnahmen, für Verträge, Absprachen und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Warschauer-Pakt-Staaten ein.

Dazu zitiere ich **Bundeskanzler Helmut Kohl** aus seiner Rede am 4. Juli 1983 in Moskau:

„Der Westen hat der Sowjetunion das bisher breiteste Angebot operativer Vorschläge für Abrüstung und Rüstungskontrolle vorgelegt. Darin kommt der klare Wille zur Verständigung und zum Interessenausgleich mit dem Osten zum Ausdruck. Alle Vorschläge sind aus der tiefen Sorge um die Erhaltung des Friedens entstanden... Sie sollen und können zu Vereinbarungen führen, die beiden Seiten dienen und den Frieden sichern.“

Teilerfolge bei der Rüstungskontrolle

Manche sagen, bei den Abrüstungsverhandlungen kommt doch nichts heraus. Aber Tatsache ist, daß die Bemühungen um Rüstungskontrolle nach langwierigen und zähen Verhandlungen bereits Erfolge erreicht haben. Ich nenne nur drei Beispiele:

- den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1968,
- das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer Waffen von 1972,
- die Abkommen über die Begrenzung interkontinentalstrategischer Waffen, SALT I und II von 1972 und 1979.

Militärisches Gleichgewicht und Verteidigungsfähigkeit sind Voraussetzung für wirklich erfolgreiche Verhandlungen über Abrüstung. Dazu möchte ich noch einmal **Bundeskanzler Helmut Kohl** aus seiner Regierungserklärung vom 4. Mai dieses Jahres zitieren:

„Wer wehrlos ist, ... mit dem verhandelt niemand. Deshalb können wir nur von sicherem Boden aus darum ringen, die Rüstungen in Europa und in der Welt abzubauen.“

Beurteilt man den Wert eines Sicherheitssystems danach, wie lange es Krieg verhindert hat, dann gab es in der neueren deutschen Geschichte keines, das so lange den äußeren Frieden gesichert hat wie die NATO, nämlich seit nunmehr 38 Jahren. Um so wenigerverständlich sind mir die öffentlich geäußerten Zweifel an der westlichen Sicherheitspolitik. Und insofern haben die Wehrpflichtigen durch ihren Dienst bei der Bundeswehr, der mit persönlichen Opfern verbunden ist, bisher schon mehr für den Frieden getan als alle Demonstranten der selbsternannten Friedensbewegung zusammen.

Auf sicherem Boden abrüsten

Wehrpflichtige leisten mehr für den Frieden als alle Demon- stranten

Der NATO-Doppelbeschuß

Lassen Sie mich auf dem Hintergrund der bisherigen Überlegungen auf den NATO-Doppelbeschuß eingehen: Die Sowjetunion hat seit 1977 jedes Jahr etwa 50 bewegliche Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 mit ungefähr 5 000 Kilometer Reichweite aufgestellt, die Europa zusätzlich bedrohen. Die NATO besitzt bisher keine derartigen Waffensysteme. Die Sowjetunion will also nicht nur bei den konventionellen Streitkräften, sondern auch bei den atomaren Mittelstreckenraketen ein Übergewicht erhalten.

Der frühere **Bundeskanzler Helmut Schmidt** hat im November 1977 zu Recht auf die Gefahren für Westeuropa hingewiesen, die mit einer Verschiebung des militärischen Gleichgewichts zugunsten der Sowjetunion verbunden sind. **Die Gefahr liegt in der Fähigkeit der Sowjetunion, die SS-20-Raketen als politisches Druckmittel gegen Westeuropa zu benutzen und uns von den USA abzukoppeln.** Diese Strategie der Abschreckung und der flexiblen Reaktion des Westens soll dadurch unterlaufen werden.

Sowjetunion will nukleare Übermacht

Der Doppelbeschuß der NATO vom 12. Dezember 1979 ist die Antwort auf diese von der Sowjetunion herbeigeführte Situation. **Er ist ein Fahrplan zur Abrüstung.** Denn die NATO hat die erforderliche Nachrüstung nicht einfach vollzogen, sondern von Verhandlungen mit der Sowjetunion abhängig gemacht, deren Ziel die Begrenzung und Reduzierung der Raketen auf beiden Seiten ist.

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl tut alles, damit die Abrüstungsverhandlungen in Genf zum Erfolg führen: **Wenn die Sowjetunion auf ihre Mittelstreckenraketen verzichtet, dann brauchen wir nicht nachrüsten.** Aber es wäre auch schon ein Erfolg, wenn die Sowjetunion einen Teil ihrer Raketen verschrottete, so daß der Nachrüstungsbedarf des Westens entsprechend geringer wird. **Die CDU steht zum NATO-Doppelbeschuß in seinen beiden Teilen, denn er festigt die Sicherheit vor Erpressung und enthält ein faires Angebot zur gleichgewichtigen Abrüstung.**

Die Aufkündigung des Doppelbeschlusses wäre der Anfang vom Ende der NATO. Die Genfer Verhandlungen bringen die Abrüstung voran — nicht die Demonstrationen auf unseren Straßen.

Nun fordern manche, der Westen solle einseitig oder sogar total abrüsten. Welche politischen Auswirkungen der Pazifismus auf die Sicherheit und den Frieden in Europa haben kann, darüber liegen historische Erfahrungen vor. Diese müssen wir ernst nehmen. Der Pazifismus der dreißiger Jahre in Großbritannien und Frankreich hat die Entschlossenheit der westlichen Demokratien, der nationalsozialistischen Diktatur entgegenzutreten, gelähmt. Er trägt daher ungewollt Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Der Theologe Karl Barth hat diesen Sachverhalt 1950 eindrucksvoll formuliert: „Der Friede um jeden Preis, den die Welt und auch die Kirche damals haben wollten, war eine tief unmenschliche, aber auch tief unchristliche Angelegenheit. Das ist es, was ich damals zu ‚schreien‘ versuchte. Viel Unmenschliches und Unchristliches, was nachher geschah, hätte damals, wenn die Staatsordnung im Westen rechtzeitig verteidigt worden wäre, verhältnismäßig schmerzlos, vielleicht sogar ohne Blutvergießen, einfach durch den Beweis bewaffneter Festigkeit verhindert werden können.“ (Zitiert nach Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 24. April 1981)

Ein einseitiger Verzicht auf ausreichende Verteidigungsfähigkeit und militärisches Gleichgewicht würde der Sowjetunion jeglichen Anreiz nehmen, ernsthaft über ausgewogene und überprüfbare Rüstungsbegrenzungen zu verhandeln. Warum sollte sie dann aber ihre nuklearen Mittelstreckenraketen abbauen, wenn sie damit rechnen könnte, daß die NATO sowieso nicht nachrüstet? **Nicht die politische Kapitulation rettet den Frieden, sondern Festigkeit gegenüber Drohung und gegenüber Erpressung mit Waffen.**

Die SPD steigt aus

Daher beurteilen wir den außen- und sicherheitspolitischen Kurs der SPD auch besonders kritisch. Denn all das, was die SPD als Regierungspartei in der Sicherheitspolitik vertreten hat, lehnt sie heute als Oppositionspartei ab:

- sie will aus dem NATO-Doppelbeschuß aussteigen und lehnt die Nachrüstung ab;
- sie steigt aus der gemeinsamen Sicherheitspolitik der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland aus und schwächt so die Verhandlungsposition der Bundesregierung;
- sie steigt aus der Sicherheitspolitik des westlichen Bündnisses aus und ist außenpolitisch isoliert.

Die SPD drückt sich vor der Verantwortung

Die SPD hat sich von der politischen Verantwortung verabschiedet und ist in ihrer Sicherheitspolitik zurück auf dem Weg in die fünfziger Jahre. Aus wahltautischem Opportunismus und innerer Zerrissenheit biedert sie sich bei der Friedensbewegung und bei den Grünen an. Die SPD schwankt wieder einmal zwischen westlicher Bündnispolitik und Neutralismus.

Bergpredigt und Verteidigungspolitik

Der Christ und die Verteidigung

Viele berufen sich in ihrer Ablehnung unserer Verteidigungspolitik auch auf die Bergpredigt. Die Bergpredigt ist zunächst einmal eine persönliche Herausforderung an jeden Christen und kein Rezeptbuch zur Lösung politischer Probleme. Wenn alle Menschen Völker und Staaten sich nach der Bergpredigt richteten, bräuchten wir in der Tat keine Waffen. Aber wir leben nicht in einer solchen Welt.

Der einzelne mag für sich auf Gewalt verzichten. Der Staat aber hat die Pflicht, die Existenz und Freiheit eines Volkes gegen Aggression und Erpressung von außen zu schützen. „Deswegen“ — so hat es Heiner Geißler auf unserem letzten Parteitag in Köln formuliert — „gehört es auch zur Erfüllung des Gebots der Nächstenliebe, ungeheure Gewalt von anderen Menschen fernzuhalten.“

Verantwortliche Politik muß den Krieg verhindern. Die Frage nach der Ächtung von Waffen muß sich diesem Ziel unterordnen. Denn ich zitiere, „gerade insofern die staatliche Gewalt dem Unrecht und der Unterdrückung widersteht, die Menschenrechte respektiert und Unschuldige schützt, erweist sie, daß „sie im Dienste Gottes steht“ (Röm 13,4)“ (so die Deutsche Bischofskonferenz in ihrer Erklärung „Gerechtigkeit schafft Frieden“ vom 18. April 1983).

Aus christlicher Verantwortung für unsere Sicherheitspolitik

„Friedensbewegung“ oder „Unfriedensbewegung“

Das Wahlergebnis vom 6. März 1983 ist auch eine Entscheidung für die Sicherheits- und Friedenspolitik der Bundesregierung. Anhänger der selbsternannten Friedensbewegung widersetzen sich dieser Entscheidung und lehnen den NATO-Doppelbeschuß ab. Wer aber das Mehrheitsprinzip in Zweifel zieht, legt die Axt an die Wurzel der Demokratie. Wo kommen wir denn hin, wenn jede in demokratischen Wahlen unterlegene Minderheit zum „Widerstand“ gegen Parlament, Regierung und Gesetz aufruft?

Wer jetzt von sogenanntem Widerstand spricht, der will etwas ganz anderes. Er will verlorene Wahlen auf dem Umweg über die Straße korrigieren. Das wäre das Aus für den Rechtsstaat. Wer Unfrieden im Innern sät, der ist auch nicht zum äußeren Frieden fähig.

Anhänger der Friedensbewegung haben einen „heißen Herbst“ angekündigt. „Wir werden dieses Land unregierbar machen“, so tönte kürzlich einer ihrer Sprecher, das SPD-Mitglied Jo Leinen (Die Zeit, 11. August 1983). Wir sehen dem wachsam, aber gelassen entgegen.

Jeder darf, jeder soll demonstrieren, wofür oder wogegen er ist — das ist sein gutes Recht. Aber alle Demokraten sollten sich darin einig sein, daß Gewaltanwendungen bei Demonstrationen unzulässig und strafbar sein müssen. Auch sogenannter bürgerlicher Ungehorsam bedeutet nichts anderes, als daß sich Personen oder Gruppen anmaßen, aus eigener Kompetenz darüber zu entscheiden, was rechtmäßig ist und was nicht rechtmäßig ist. Wenn Blockaden, Sitzstreiks und Sabotage die Richtlinien der Politik bestimmen, dann sind demokratische Prinzipien außer Kraft gesetzt. Diese sogenannten gewaltfreien Methoden sind in Wahrheit nicht „gewaltfrei“. Denn wer seine Mitbürger oder den Staat zu Handlungen oder Unterlassungen zwingt, übt Gewalt aus und nötigt andere. Wo die Freiheitsrechte anderer blockiert werden, wird Gewalt ausgeübt.

Es ist eindeutig, daß einige Gegner des NATO-Doppelbeschlusses mit ihren Aktionen ganz bewußt den inneren Frieden unseres Landes gefährden wollen. Rechtsbrüche dürfen nicht — aus welchen Motiven auch immer — zum Mittel der politischen Auseinandersetzung werden. Eine „Friedensbewegung“, die sich derartiger Methoden bedient, wird zur „Unfriedensbewegung“.

„Widerstand“ gegen den demokratischen Rechtsstaat

Blockade von Freiheitsrechten ist Gewalt

Den Frieden erhalten, die Freiheit verteidigen

Jeder, der gegen den NATO-Doppelbeschuß opponiert, sollte sich fragen: Wem nützt mein Einsatz? Wird der Frieden sicherer, wenn sich Demokratien entwaffnen, während die sowjetische Diktatur vor Waffen starrt?

Wir vertrauen in dieser Diskussion auf das Urteil der Bürger, die zwischen verantwortlicher Politik und politischer Schwärzmerei, zwischen Festigkeit in den Überzeugungen und politischem Opportunismus unterscheiden können.

Aktive Friedenspolitik aus sittlicher Überzeugung

Unsere Politik der aktiven Friedenssicherung beruht auf sittlichen Überzeugungen und trägt der politischen Wirklichkeit Rechnung. Wer den Frieden in Freiheit erhalten möchte, der muß eine klare und selbstbewußte Politik gegenüber dem Osten betreiben. Nur im offenen, fairen Dialog zwischen Ost und West können ausgewogene Verträge ausgehandelt und Spannungen abgebaut werden. **Unsere Politik ist eindeutig: Kein Krieg, weniger Waffen, Schutz der Freiheit, mehr Gerechtigkeit.**

Wir sind der Gefahr des nuklearen oder konventionellen Krieges nicht hilflos ausgeliefert. Ich zitiere aus unserer Berliner Erklärung vom 13. Mai 1982: „**Wir können mit unserer Politik der aktiven Friedenssicherung auch in Zukunft den Frieden bewahren, ohne unsere Freiheit zu gefährden. Solange die Atlantische Gemeinschaft ihre Lebenskraft als Verte-, Friedens- und Freiheitsgemeinschaft ihre Lebenskraft entfaltet,** brauchen wir keine Angst zu haben.“